

## SICHERHEIT DER ERDGASVERSORGUNG

### Vorschlag der Europäischen Kommission

**Vorschlag KOM(2009) 363** vom 16. Juli 2009 für eine **Verordnung** des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur **Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung** und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/67/EG [s. [CEP-Analyse](#)]

### Position des Rates – Erörterung vom 31. Mai 2010

#### Rat „Transport, Telekommunikation und Energie“

- ▶ **Allgemeine Stellungnahmen zum Vorschlag**
  - Die Ratspräsidentschaft unterrichtet die Mitgliedstaaten über den Sachstand zum Verordnungsvorschlag.
  - Die spanische Ratspräsidentschaft strebt eine Einigung noch während ihrer verbleibenden Amtszeit an.
- ▶ **Stellungnahmen zu einzelnen Regelungen des Vorschlags**
  - **Versorgungsstandard für „geschützte Verbraucher“**
    - Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Polen, befürworten eine enger gefasste Definition des Begriffs „geschützter Verbraucher“. Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und Dänemark, sprechen sich hingegen dafür aus, den in der Verordnung vorgesehenen Begriff „geschützter Verbraucher“ nur als Mindeststandard zu verstehen.
    - Einige Mitgliedstaaten sprechen sich dafür aus, dass die zuständigen nationalen Behörden die Unternehmen benennen müssen, die für die Gewährleistung des Versorgungsstandards für „geschützte Verbraucher“ zuständig sind (KOM: –).
  - **Infrastrukturstandard („n-1-Standard“)**
    - Bei den Mitgliedstaaten besteht Einvernehmen darüber, dass Investitionen in die Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung für die Einhaltung des „n-1-Standards“ sind. Investitionsbedarf besteht insbesondere bei den Verbindungsleitungen, der Technik für die bidirektionalen Lastenflüsse und den Erdgasspeicherkapazitäten (so auch KOM).
    - Insbesondere Litauen spricht sich für eine finanzielle Unterstützung der osteuropäischen Mitgliedstaaten aus, um den „n-1-Standard“ zu erfüllen (KOM: –).
- ▶ **Politischer Kontext**

Da das Politikvorhaben dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegt, müssen sich Rat und EP auf eine gemeinsame Position verständigen. Die 1. Lesung im EP ist für den 21. September 2010 vorgesehen. Bereits seit April 2010 finden informelle Verhandlungen zwischen dem Rat und dem EP statt, so dass mit einer baldigen Einigung in 1. Lesung zu rechnen ist.